

Stellungnahme der Fraktion der Freien Wähler Albstadt zum Haushaltsentwurf 2017

Herr Oberbürgermeister Konzelmann, Herr Erster Bürgermeister Reger, Herr Baubürgermeister Hollauer, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren,

der Haushalt der Stadt Albstadt für das Jahr 2017, den wir heute beschließen, sollte vor allem ein Ziel verfolgen: er sollte generationengerecht aufgestellt sein. **Generationengerechtigkeit** ist ein Begriff, der uns in den vergangenen Monaten in vielen Diskussionen begleitet hat. Das Ziel haben wir alle vor Augen, nur über den Weg dorthin müssen wir uns immer wieder neu einigen.

Der Geburtenrückgang auf der einen, die steigende Lebenserwartung auf der anderen Seite, Zu- und Abwanderungen – der **demografische Wandel** verändert und bestimmt das Leben in unseren Städten. Der Umfang kommunaler Daseinsvorsorge muss überdacht und der Leistungsumfang kritisch überprüft werden. Wir sollten den demografischen Wandel aber nicht als Bedrohung oder gar Schreckensszenario, sondern als Gestaltungsaufgabe und Chance sehen. Der Grundsatz der Generationengerechtigkeit beinhaltet, dass jede Generation die Ressourcen aufbringt, die sie selbst verbraucht. Gelingt uns das im vorliegenden Haushalt?

„Politik ist der Spielraum, den die Wirtschaft ihr lässt.“ Mit diesem Zitat von Dieter Hildebrandt möchte ich auf einige **wirtschaftliche Rahmenbedingungen** für die öffentlichen Haushalte eingehen. Insgesamt sind diese nach wie vor positiv. Niedrige Zinsen und Energiepreise lassen zunächst eine Fortsetzung der gesamtwirtschaftlichen Aufwärtsbewegung erwarten. Andererseits sind die Folgen politischer Entwicklungen wie der geplante EU-Austritt Großbritanniens, die Bankenkrise in Italien und die anstehenden Wahlen in Frankreich noch nicht absehbar.

Trotz des stetigen Konjunkturanstiegs in den vergangenen sieben Jahren, der höchsten Steuerzunahme und einem gesunkenen Hebesatz in der Kreisumlage ist für das kommende Haushaltsjahr eine **Kreditaufnahme von rund 6,5 Mio. Euro** geplant. Bei gleichzeitigen Tilgungen von 2,5 Mio. Euro bedeutet dies ein **Schuldenstand** von rund 800 Euro je Einwohner.

Handeln wir im Sinne oder auf Kosten der nachfolgenden Generationen, wenn wir trotz konjunktureller Hochphase eine **Neuverschuldung** einplanen? Um diese Frage beantworten zu können, müssen wir uns anschauen, welches die Gründe für die Neuverschuldung sind, wo unsere **Investitionsschwerpunkte** liegen.

Im Finanzplanungszeitraum **bis 2020 sind Investitionen von rund 64 Mio. Euro** angesetzt. Manche Maßnahmen haben eine eher bescheidene Außenwirkung, sind aber als Pflichtaufgaben unumgänglich, wie die Sanierung der Kläranlage mit 2 Mio. Euro pro Jahr oder die Modernisierung städtischer Gebäude. Mittel- und langfristig werden sich diese Kosten durch Energieeinsparung aber auszahlen, sie sind somit also nachhaltig und generationengerecht.

Diese Kriterien müssen wir auch bei der Weiterentwicklung der **Hallenkonzeption** anlegen. Die Zeiten, in denen Denkmäler gesetzt wurden, sind längst vorbei. Auch Kirchturmdenken ist ein Luxus, den wir uns im Sinne der kommenden Steuerzahler nicht leisten können. Wir müssen ökologisch und finanziell vertretbare Lösungen finden und durch Konzentration Synergieeffekte erzielen, Lösungen, die den unterschiedlichen Interessen und Ansprüchen, auch im kulturellen Bereich, gerecht werden. Dabei müssen wir auch Folgekosten berücksichtigen und vertreten können. Die Entscheidung, ob und welche Hallen neu gebaut oder erhalten und saniert werden, ist vorerst auf Eis gelegt. Sie wird aber sicher im kommenden Jahr heiß diskutiert werden. Verantwortungsbewusstes Haushalten erfordert dabei die Konzentration auf das Notwendige und Machbare. Gesetzliche Vorgaben wie die Auflagen im Brandschutz kommen erschwerend hinzu und lassen wenig Raum für Kreativität. Alt-Bundespräsident Roman Herzog hat sicher recht mit seiner Aussage „Bill Gates fing in einer Garage an. In Deutschland wäre er damit schon an der Gewerbeaufsicht gescheitert.“ Bleibt zu hoffen, dass die von der Wirtschaftsministerin Hoffmeister-Kraut initiierte Wohnraum-Allianz auch dahingehende Reformen anstrebt.

Unser übergeordnetes Ziel ist es, Albstadt zukunftsfähig weiterzuentwickeln. Der größte Investitionsschwerpunkt mit einem Anteil von 24% liegt daher folgerichtig im **Bildungsbereich**. Wir haben uns fraktionsübergreifend auf die Fahnen geschrieben, die Betreuungs- und Bildungsangebote in unserer Stadt weiter bedarfsgerecht und auf qualitativ hohem Niveau auszubauen und zu optimieren. Über 20 Mio. Euro sind dafür in der mittelfristigen Planung vorgesehen. **Vereinbarkeit von Familie und Beruf** ist nicht mehr ein weicher, sondern ein knallharter Standortfaktor.

Lassen Sie mich an dieser Stelle etwas zu einem Haushaltsposten sagen, der für Diskussionen sorgt und uns in den Vorberatungen beschäftigt hat, nämlich zum Anstieg der **Personalkosten auf rund 33 Mio. Euro** - eine Entwicklung, die wir kritisch beobachten müssen. Dabei sollten wir Verwaltungsstrukturen hinterfragen, um zu überprüfen, wo Optimierungen und Synergieeffekte möglich sind.

Eine Ursache für den Kostenanstieg liegt in den konstanten Tarifsteigerungen der letzten Jahre. Gleichzeitig wurden zusätzliche Stellen geschaffen, allein im vorliegenden Haushalt sind es 16 weitere. Der Stellenplan ist die Antwort auf unsere Infrastruktur, die unterhalten werden muss. Neben Pflichtaufgaben haben wir uns auch hier für zusätzliche Freiwilligenleistungen entschieden, so im Bereich Tourismus, für die Technologiewerkstatt oder aktuell für Öffentlichkeits- und Gremienarbeit. Ein Großteil der zusätzlichen Stellen ist jedoch durch den Ausbau der Betreuungs- und Bildungsangebote bedingt. Die Nachfrage nach U3-Plätzen und Ganztagesbetreuungsangeboten nimmt weiter zu, wir fördern die Schulsozialarbeit als wichtige präventive Einrichtung und am 1. Dezember haben wir eine Anpassung bzw. Erhöhung der Gehälter der sogenannten Zweitkräfte in Kindertagesstätten beschlossen. Bildung ist uns also etwas wert und die beste Investition in die Zukunft.

Albstadt zukunftsfähig weiterzuentwickeln bedeutet, dass wir ständig kritisch überdenken, welche kommunale Daseinsvorsorge wir uns leisten können und müssen. Auch weiterhin wird der demografische Wandel das Gefälle zwischen Stadt und Land verstärken. Es gilt, das was wir als Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt an Lebensqualität täglich selbst erfahren können, selbstbewusst zu nach außen zu bewerben: Albstadt bietet neben qualifizierten Arbeitsplätzen eine einzigartige Landschaft und ein vielfältiges Kultur- und Freizeitangebot, auch in den kleineren Stadtteilen. Unsere Stadt vereint einen Vorteil, den nicht viele Kommunen bieten können: sie ist gleichzeitig **Wohn- und Arbeitsstadt**. Auf diesem Herausstellungsmerkmal sollten wir uns aber nicht ausruhen. Wir sind herausgefordert, diesen Standortvorteil weiter zu optimieren und zu kommunizieren und entwickeln dazu zurzeit ein entsprechendes Marketingkonzept.

Was bedeutet dies konkret? Welche mittel- und langfristigen Ziele setzen wir uns? Was werden die Umsetzung und der Unterhalt kosten? Wie werden die Kosten finanziert? Oder ganz anders gefragt: Was braucht unsere Stadt, damit sich Menschen entscheiden, hier wohnen zu bleiben oder herzuziehen?

Die Fraktion der Freien Wähler begrüßt das konzeptionelle Vorgehen der Stadtverwaltung. Bei der Auftaktveranstaltung zum „**Stadtentwicklungskonzept Albstadt 2030**“ in der Zollernalbhalle am 23. November wurde gemeinsam mit allen interessierten Bürgerinnen und Bürgern der erste Schritt für die Erarbeitung einer gesamtstädtischen Konzeption gemacht. Sehr erfreulich war das große Interesse der Öffentlichkeit. Die Bürgerinnen und Bürger mit ihren Wünschen, Fragen und Anregungen, vor allem mit ihren Erfahrungen und Kompetenzen einzubinden halten wir für unabdingbar.

Leider waren nur wenige junge Menschen an diesem Abend dabei. Wir finden es daher gut, dass Sie, Herr Oberbürgermeister, nun auf diese Zielgruppe aktiv zugehen und sie dort abholen, wo sie sind: an Schulen, an der Hochschule, in den Vereinen und vielleicht sogar in Kneipen oder auf der Straße.

Die Einbindung **junger Menschen** in kommunale Entscheidungsprozesse sehen wir als Herausforderung. Wir sollten über neue Möglichkeiten des Austauschs und der Beteiligung nachdenken. Das beinhaltet auch die Kooperation mit der **Hochschule**. Wir sind stolz, Hochschulstandort zu sein und müssen alles dafür tun, dass unsere Stadt attraktiv für junge Menschen ist.

Bürgerbeteiligung ist aber kein Wunschkonzert – das haben Sie, Herr Hollauer, an diesem Abend deutlich gemacht. Es muss um mehr als um die Durchsetzung persönlicher Interessen und Vorteile gehen, wir müssen gesamtstädtisch denken und planen.

Die Rückmeldungen und Anregungen, die an der Auftaktveranstaltung eingebracht und diskutiert wurden, sind wertvolle Impulse für künftige Zielsetzungen. Einige Punkte möchte ich aufgreifen:

Als wichtige **Standortfaktoren** wurden die Attraktivität der Innenstadt und die Einkaufsmöglichkeiten, ein vielfältiges Sport- und Freizeitangebot, unsere Landschaft und das Vereinsleben aufgeführt. Auch Bildungs- und Betreuungsangebote hatten hohe Priorität. Mit der Neugestaltung und Belebung der Tailfinger Innenstadt ist uns ein wichtiger Schritt gelungen.

Ein ausreichendes **Wohnungs- und Bauplatzangebot** für alle Interessengruppen wurde ebenfalls genannt. Dem muss unser Wohnbauentwicklungskonzept Rechnung tragen. Keine Frage: aus ökologischen, finanziellen und städteplanerischen Gründen ist die Innen- vor Außenentwicklung zu priorisieren. Gleichzeitig muss aber überprüft werden, wo auch zukünftig attraktive Bauplatzgebiete ausgewiesen werden können.

Als aktuelle Herausforderung wurden die Themen **Integration und Inklusion** gesehen. Die Integration von Zuwanderern ist eine zentrale kommunale Zukunftsaufgabe und erfordert eine gesamtstädtische Strategie. Wir begrüßen hier die Entscheidung der Stadtverwaltung, Flüchtlinge dezentral unterzubringen. Die Teilhabemöglichkeit von Menschen mit Behinderung sollte ebenfalls mehr in den Fokus rücken.

Auch die Bedeutung der **medizinischen Versorgung** als einem wesentlichen Standortfaktor wurde sowohl von jungen Familien als auch von älteren Mitbürgern angesprochen. Dabei nimmt unser Zollernalb-Klinikum in kommunaler Trägerschaft eine ganz besondere Aufgabe wahr, da es mit seiner Grund- und Regelversorgung die wohnortnahe medizinische Versorgung in unserem Kreis sichert. Es steht aber wie alle Krankenhäuser im ländlichen Raum vor besonderen wirtschaftlichen und strukturellen Herausforderungen: trotz anhaltendem Kostendruck, Zertifizierungsvorgaben, fehlenden Spezialisierungsmöglichkeiten und zunehmendem Fachkräftemangel beim ärztlichen Personal versorgt es mit seinen engagierten Mitarbeitern die Bevölkerung jeden Tag rund um die Uhr. Gleichzeitig ist das Klinikum ein wichtiger Arbeitgeber und Wirtschaftsfaktor, es hat damit auch eine sozialwirtschaftliche Bedeutung, schafft Arbeitsplätze und Kaufkraft. Andererseits wird eine weitere Verschlechterung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen

erwartet. Die Ausgangslage ist schwierig, die Zukunftsaussichten noch schlechter, und die Abhilfe liegt nur in einer zukunftsfähigen Konzeption in Form eines neuen Zentralklinikums und der Bereitschaft des Kreises und des Sozialministeriums, dieses zu finanzieren. Umso bedeutender war die Aussage von Landrat Pauli in der Kreistagssitzung am vergangenen Montag, dass Sozialminister Lucha ein positives Signal für die weitere Planung in Richtung Neubau gegeben hat. Die Frage, die sich jedes Kreistagsmitglied im neuen Jahr stellen muss, ist, was ihm eine qualitativ hochwertige, wohnortnahe medizinische Versorgung seiner Bürgerinnen und Bürger wert ist. Um dieses Ziel zu erreichen, müssen wir solidarisch denken und handeln und alle Kräfte im Kreis bündeln. Nur dann gelingt es uns, unsere Interessen gegenüber größeren Landkreisen durchzusetzen.

Um die eingangs gestellten Fragen zu beantworten: ja, wir handeln im Sinne nachfolgender Generationen, wenn wir diesen Haushalt heute verabschieden. Die Investitionen in Bildung und Betreuung, in die medizinische Versorgung und in die Integration von Flüchtlingen sowie der Abbau unseres Investitionsstaus rechtfertigen die zusätzliche Neuverschuldung. Wir schließen uns Ihrer Argumentation an, Herr Bürgermeister Reger: „... Wir agieren hier generationengerecht...“. Dazu gehört, dass wir diese Anstrengungen auf möglichst viele Schultern verteilen. Neben der Erhöhung von Abgaben und Gebühren sollten wir über die Anpassung des Gewerbesteuer-Hebesatzes nachdenken, der seit über 30 Jahren nicht erhöht wurde und deutlich unter dem Landesdurchschnitt liegt.

Bevor ich zum Schluss komme, möchte ich im Namen der Fraktion der Freien Wähler meinen Dank aussprechen. Ihnen, Herr Pannewitz und Ihrem Team, für die Erstellung des Haushaltsentwurfs und die geduligen Erläuterungen während der Vorberatungen. Ihnen, Herr Oberbürgermeister Konzelmann, Herr Ersten Bürgermeister Reger und Herr Baubürgermeister Hollauer stellvertretend für die Verwaltung für die konstruktive und engagierte Umsetzung der Vorgaben.

Die Fraktion der Freien Wähler stimmt dem Haushaltsentwurf für 2017 zu.

Es gilt das gesprochene Wort.